



Michael Alexander Beck

Die Onlinehauptversammlung nach dem ARUG

Europäische Hochschulschriften

European University Studies

Publications Universitaires Européennes

Reihe II	Rechtswissenschaft
-----------------	---------------------------

Series II	Law
-----------	-----

Série II	Droit
----------	-------

Band/Volume **5416**

Michael Alexander Beck

Die Onlinehauptversammlung nach dem ARUG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, Univ., Diss., 2012

D 19

ISSN 0531-7312

ISBN 978-3-631-62838-6 (Print)

ISBN 978-3-653-02527-9 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-02527-9

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2013

Alle Rechte vorbehalten.

PL Academic Research ist ein Imprint der Peter Lang GmbH

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

für Stefanie

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommer 2012 an der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Matthias Habersack, bedanken. Ohne ihn wäre die vorliegende Arbeit nicht möglich gewesen, da er mir das Thema vorgeschlagen und mich mit großem Engagement bei der Entwicklung und Verbesserung der Arbeit unterstützt hat. Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Peter Kindler für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Des weiteren möchte ich Herrn Dr. Christoph Wendelstein und Frau Laura Schlachter danken, die mir beim Lektorat behilflich waren; Herr Dr. Wendelstein gab mir in zahlreichen Diskussionen die Möglichkeit, die Überzeugungskraft meiner Argumentationslinien kritisch zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Ferner sei auch meinen Eltern gedankt, die mir während meines Promotionsstudium immer den Rücken gestärkt und durch ihre großzügige finanzielle Unterstützung eine sorgenfreie Durchführung des Promotionsstudiums ermöglicht haben. Zuletzt möchte ich meiner Freundin Stefanie für die moralische Unterstützung und ihren Einsatz beim Lektorat der Arbeit danken. Ihr soll die Arbeit gewidmet sein.

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	1
§ 2 Begrifflichkeiten, Problemstellung, Gang der Untersuchung	3
A. Onlinehauptversammlung	3
B. Virtuelle HV	4
C. Abgrenzung zur elektronischen Weisungserteilung an Stimmrechtsvertreter	5
D. Abgrenzung zur elektronischen Briefwahl	5
I. Zeitpunkt der Stimmabgabe als relevantes Kriterium	6
II. Zugang als relevantes Kriterium	8
III. Zwischenergebnis	9
E. Problemstellung/Gang der Untersuchung	9
§ 3 Entwicklung der HV hin zur Online-HV	11
A. HV als Präsenz-HV	11
I. Depotstimmrecht und Stimmrechtsvertretung	12
II. Erste Beiträge zur Online-HV	14
III. NaStraG	14
IV. Zwischenergebnis	15
B. Ermöglichung der Online-HV	15
I. Frühe Anregungen	15
II. Gesetzgeberische Maßnahmen von 2001 bis 2005	15
III. Kommissionsvorschlag zur Aktionärsrechte-Richtlinie	16
IV. Aktionärsrechte-Richtlinie	17
V. Referentenentwurf, Regierungsentwurf und Stellungnahmen (ARUG) ..	18
VI. ARUG	20
C. Status quo seit dem ARUG	21
§ 4 Rechtlicher Rahmen der Online-HV	23
A. Satzungsregelung	23

B. Regelungen des AktG.....	24
C. Verfassungsrecht	24
D. Europarecht	25
E. Zusammenfassung	26
§ 5 Regelung der Onlineteilnahme in § 118 Abs. 1 S. 2 AktG.....	27
A. Online- und Präsenzteilnahme alternativ oder kumulativ.....	28
B. Sämtliche oder einzelne Rechte i.S.d. § 118 Abs. 1 S. 2 AktG	29
I. Disponibilität versamlungsgebundener Aktionärsrechte	29
II. Disponibilität des Widerspruchsrechts.....	29
1. Unzulässigkeit wegen indirekten Ausschlusses des Anfechtungsrechts	30
a. Wesen des Widerspruchsrechts.....	30
b. „Rechte“ i.S.d. § 118 Abs. 1 S. 2 AktG	31
c. Unzulässiger Anfechtungsausschluss?.....	31
d. Verfassungskonforme Auslegung.....	32
e. Richtlinienkonforme Auslegung	34
f. Zwischenergebnis	34
2. Untrennbare Verknüpfung von Stimm- und Widerspruchsrecht	34
a. Vorliegen einer untrennbaren Verknüpfung?	34
b. Vergleich mit der Regelung des österreichischen AktG.....	35
3. Zwischenergebnis	36
C. Auslegung der <i>teilweisen</i> Einräumung i.S.d. § 118 Abs. 1 S. 2 AktG.....	36
I. Wortlaut	37
1. Teilweise als Beschränkung des eingeräumten Rechts	37
2. Zugangsbeschränkung als teilweise.....	38
3. Stellungnahme	38
4. Zwischenergebnis	40
II. Historische Auslegung	40
III. Systematische/teleologische Auslegung.....	41

IV. Zwischenergebnis	42
V. Beschränkungsmöglichkeit des Umfangs der Onlinerechte durch § 118 Abs. 1 S. 2 AktG im Lichte von Art. 8 Abs. 2 A-RiLi (richtlinienkonforme Auslegung).....	42
1. Auslegung von Art. 8 Abs. 2 A-RiLi.....	43
2. Beschränkungen i.S.d. Art. 8 Abs. 2 A-RiLi	44
3. Adressatenkreis von Art. 8 A-RiLi.....	44
4. Beschränkung durch Satzungsfreiheit?	45
5. Zwischenergebnis zur Auslegung von Art. 8 Abs. 2 A-RiLi	46
6. Vereinbarkeit von § 118 Abs. 1 S. 2 AktG mit Art. 8 Abs. 2 A-RiLi...	46
§ 6 Grenzen der Gestaltungsfreiheit.....	47
A. § 53a AktG als Grenze der Gestaltungsfreiheit	47
I. Bisheriger Meinungsstand	47
II. Kritik.....	48
1. Inhalt des Gleichbehandlungsgrundsatzes des § 53a AktG.....	49
2. Benachteiligung der Onlineteilnehmer bei Beschränkung der Onlineteilnahme auf <i>einzelne Rechte</i>	50
a. Ungleichbehandlung.....	50
b. Ungleichbehandlung bei Regelung der Onlineteilnahme durch den Vorstand	54
3. Benachteiligung der Onlineteilnehmer durch Beschränkungen der eingeräumten Rechte (<i>teilweise</i>).....	55
4. Richtlinienkonforme Auslegung von § 53a AktG im Lichte des Art. 4 A-RiLi.....	55
5. Anwendbarkeit von § 53a AktG bei Beschränkung der Onlineteilnahme auf einen Teil der Aktionäre (Zugangsbeschränkung) ..	57
a. Ungleichbehandlung der nicht zur Onlineteilnahme zugelassenen Aktionäre (in ihrer Eigenschaft als Aktionär).....	57
b. Ungleichbehandlung unter den Onlineteilnehmern	59
c. Quorum im Sinne Seegers.....	60
d. Zwischenergebnis.....	62

e. Ungleichbehandlung unter gleichen Voraussetzungen	62
f. Sachliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	62
(1) Erhebliches Interesse der Gesellschaft	63
(2) Geeignetheit der Ungleichbehandlung	63
(3) Erforderlichkeit	64
(4) Zwischenergebnis	66
g. Verzicht des Onlineteilnehmers	66
h. Zwischenergebnis	66
6. Anwendbarkeit von § 53a AktG bei Schlechterstellung von Präsenzteilnehmern	67
7. Zwischenergebnis zu § 53a AktG	67
III. Ergebnis	68
B. Informationspflichten im Vorfeld der Online-HV	68
I. Informationspflicht gemäß § 121 Abs. 3 S. 3 AktG	69
1. Voraussetzungen für die Teilnahme (§ 121 Abs. 3 S. 3 Nr. 1 AktG) ...	69
a. Wortlaut	69
b. Telos	70
c. Systematik	71
d. Zwischenergebnis	72
e. Rechtsfortbildung	72
(1) Ausfüllungsbedürftige Lücke	73
(2) Erfordernis durch ratio legis/vergleichbare Interessenlage	73
(3) Zwischenergebnis	75
f. Umfang der Angaben nach § 121 Abs. 3 S. 3 Nr. 1 AktG	76
2. Verfahren der elektronischen Stimmabgabe (§ 121 Abs. 3 S. 3 Nr. 2 lit. b AktG)	76
3. Rechte der Aktionäre nach § 131 Abs. 1 (§ 121 Abs. 3 S. 3 Nr. 3 AktG)	78
4. Verhältnis der Angaben zu späteren Änderungen durch den Vorstand	79
5. Grenze der Gestaltungsfreiheit durch Einberufung	81

6. Anwendungsbereich von § 121 Abs. 3 S. 3 AktG.....	81
a. Analoge Anwendung auf nicht-börsennotierte Gesellschaften.....	81
b. Überschießende Umsetzung von Art. 118 A-RiLi	81
c. Zwischenergebnis.....	82
II. Informationspflicht gemäß § 30a Abs. 1 Nr. 2 WpHG	82
III. Informationspflicht gemäß § 30b Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WpHG	84
IV. Informationspflicht aus Treuepflicht	84
1. Informationsbedürfnis des Onlineteilnehmers.....	85
2. Relevanz für nicht-börsennotierte Gesellschaften.....	85
3. Relevanz bei vorstandsseitiger Ausgestaltung	85
4. Entgegenstehende Intention des Gesetzgebers	86
5. Auflösung des Spannungsverhältnisses.....	87
a. Anlehnung an § 121 Abs. 3 S. 3 AktG.....	87
b. Information außerhalb der Einberufung	87
6. Abweichung von Informationen	88
7. Zwischenergebnis	89
C. Typenzwang für Onlineteilnahme und elektronische Briefwahl	89
I. Typenzwang.....	89
II. Satzungsdispositivität der zeitlichen Trennung	90
1. Satzungsdispositivität hinsichtlich Stimmabgabe	90
2. Übertragbarkeit der zeitlichen Grenze auf Auskunftsrecht	91
3. Zwischenergebnis	91
III. Missachtung des Typenzwangs.....	92
1. Unwirksamkeit der Regelung	92
2. Zulässige Ausgestaltungen	93
IV. Ergebnis	94
D. Erfordernis sachlicher Rechtfertigung	95
I. Anwendungsfälle	95

II. Vergleichbare Situation bei Gestaltungsfreiheit nach § 118 Abs. 1 S. 2 AktG.....	95
III. Erfassung von Missbrauchsfällen	96
IV. Ergebnis	97
E. Orientierung an der Präsenz-HV	97
I. Vergleichbarkeit	97
II. Praxisbezogene Erwägungen.....	98
III. Zwischenergebnis.....	99
F. Ergebnis zu den Grenzen der Gestaltungsfreiheit	99
§ 7 Probleme bei der Durchführung der Onlineteilnahme	101
A. Pflicht zur technischen Realisierung.....	101
B. Stimmrecht	102
I. Zugang bei der Onlinestimmabgabe.....	102
1. Probleme bei „doppelter“ Stimmabgabe	103
2. Fazit hinsichtlich des Zugangs der Onlinestimmen.....	106
II. Unterschied zur Weisungserteilung an Stimmrechtsvertreter.....	106
III. Rolle des Notars bei der Onlinestimmabgabe	107
IV. Sicherheit der Onlinestimmabgabe.....	107
1. Umsetzung von Art. 8 Abs. 2 A-RiLi.....	109
2. Vorgaben des BDSG.....	110
3. Zwischenergebnis	111
V. Präventive Nichtbeachtung der Onlinestimmen bei erkennbaren Manipulationen	111
VI. Ergebnis	113
C. Auskunftsrecht.....	113
I. Technische Umsetzung des Onlineauskunftsrechts	114
1. Zuschaltung des Onlineteilnehmers.....	114
2. Einreichung von Fragen.....	114
3. Behandlung der Onlinefragen in speziellem Forum.....	114

II. Beschränkung des Auskunftsrechts und deren technische Umsetzung .	117
1. Allgemeine Probleme	118
a. Gleichbehandlung bei der Verteilung der Zeit für Fragen.....	118
b. Verteilung nach dem Prioritätsprinzip	120
c. Zwischenergebnis.....	121
2. Beschränkungen bei der Zuschaltung.....	121
3. Beschränkungen bei der Einreichung von Fragen.....	122
a. Regelung der Zuständigkeit	123
b. Regelung des Kontrollverfahrens	123
c. Fehlerfolgen bei fehlerhafter Kontrolle/Nichtzulassung	124
d. Zwischenergebnis.....	125
III. Ergebnis	125
D. Widerspruchserklärung zur Niederschrift.....	125
I. Technische Realisierbarkeit des Onlinewiderspruchs	126
II. Anfechtung ohne Widerspruchserklärung.....	126
1. Gewährung ohne technische Umsetzung.....	126
2. Keine Gewährung des Onlinewiderspruchsrechts	128
III. Widerspruchserklärung bei fehlender Regelung.....	129
IV. Ergebnis	130
§ 8 Anfechtung bei der Online-HV	131
A. Anfechtungsgründe durch die Online-HV	131
I. Ausgestaltung der Online-HV	132
1. Ausgestaltung durch Beschluss der HV	132
2. Ausgestaltung durch Vorstand.....	133
a. Vergleich mit Ausgestaltung durch Beschluss der HV.....	133
b. Vergleich mit Präsenz-HV	134
c. Vorstandsregelung als ausfüllender Bestandteil	135
3. Ergebnis	135
II. Anfechtungsgründe aus Handlungen im Vorfeld der HV.....	136

III. Anfechtungsgründe aus Durchführung der Online-HV	136
1. Verletzung von Teilnahmerechten.....	137
a. Technische Störungen	137
(1) Anwendbarkeit der Relevanz-Theorie	137
(2) Verantwortlichkeit der Gesellschaft.....	139
(3) Risikosphären	139
(4) Sorgfaltsmaßstab	140
(5) Zwischenergebnis.....	144
(6) Verstoß gegen § 93 Abs. 1 AktG als Verfahrensfehler.....	144
b. Eingriffe Dritter.....	145
c. Zwischenergebnis.....	146
2. Fehlerhafte Ergebnisfeststellung	146
a. Technische Störungen	147
b. Eingriffe Dritter.....	147
c. Vergleich zur Stimmrechtsvertretung	148
(1) Bisheriger Meinungsstand.....	148
(2) Stellungnahme	148
(3) Zwischenergebnis.....	149
(4) Unterschied zur Onlineteilnahme	149
d. Zwischenergebnis.....	150
3. Unzulässige Ordnungsmaßnahmen	150
4. Ungleichbehandlung durch Zugangsbeschränkungen.....	150
5. Unzulässige Ausgestaltung hinsichtlich Typenzwangs.....	152
6. Ergebnis	152
IV. Anfechtungsausschluss nach § 243 Abs. 3 Nr. 1 AktG.....	153
1. Technische Störungen.....	153
a. Technische Störung durch Eingriffe Dritter.....	154
b. Sonstige Eingriffe Dritter.....	154
c. Zwischenergebnis.....	155

2. Gegenstand des Anfechtungsausschlusses	156
a. Umfassender Ausschluss gegenüber Onlineteilnehmer?	156
b. Erst-recht-Schluss für Präsenzteilnehmer	157
c. Zwischenergebnis.....	158
3. Differenzierung nach Grad des Verschuldens	158
a. Grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz.....	159
b. Differenzierung nach Verschuldensgrad im Anfechtungsrecht.....	160
c. Beweislast.....	161
d. Zwischenergebnis.....	163
4. Effektivität des Anfechtungsausschlusses in § 243 Abs. 3 Nr. 1 AktG.....	163
V. Ergebnis.....	163
B. Anfechtungsbefugnis	164
I. Anfechtungsbefugnis des Onlineteilnehmers gemäß § 245 Nr. 2 AktG	165
1. Einräumung der Widerspruchserklärung als Voraussetzung	166
2. Anwendbarkeit von § 243 Abs. 3 Nr. 1 AktG	167
3. Zwischenergebnis	167
II. Anfechtungsbefugnis bei Inhaltsfehlern der Ausgestaltung der Onlineteilnahme durch den Vorstand	167
III. Ergebnis	168
C. Wahrung der Klagefrist	168
I. Unzulässige Ausgestaltung der Onlineteilnahme durch den Vorstand ...	169
II. Fehlerhafte Feststellung des Abstimmungsergebnisses.....	171
III. Ergebnis	171
D. Gesamtbewertung des Anfechtungsrisikos bei der Online-HV	172
§ 9 Schadensersatzansprüche	173
A. Störungen bei der Onlineteilnahme.....	173
I. Lage bei der Stimmrechtsvertretung	173
II. Bewertung für die Onlineteilnahme	173

1. Anspruchsgrundlage	174
2. Vorrang der Anfechtungsklage.....	174
3. Kausaler Schaden.....	175
a. Nutzlose Aufwendungen	175
b. Bewusste Aufwendungen zur Schadensbeseitigung.....	178
III. Zwischenergebnis.....	179
B. Unzulässige Ausgestaltung der Onlineteilnahme.....	179
I. Taugliche Anspruchsgrundlage	180
II. Anspruchsvoraussetzungen	181
1. Schadensersatz für Verstoß gegen § 53a AktG als Verfahrensfehler .	181
2. Bedeutung der Relevanz für kausalen Schaden.....	181
III. Zwischenergebnis.....	183
C. Fehlerhafte Einberufung.....	183
D. Verhältnis zu § 57 AktG.....	184
E. Ergebnis	185
§ 10 Haftung des Vorstands	187
A. Haftung des Vorstands gemäß § 93 Abs. 2 AktG.....	187
I. Haftungsvoraussetzungen	187
II. Pflichtverletzung bei Hinzuziehung von Fachleuten	188
III. Delegation der Implementierung	189
1. Statthaftigkeit.....	189
2. Pflichten des Vorstands	189
3. Zwischenergebnis	190
IV. Ergebnis	190
B. Haftungsausschluss für überstimmte Vorstandsmitglieder	190
C. Ergebnis.....	191
§ 11 Zusammenfassung und Bewertung	193
A. Zusammenfassung.....	193
I. Gestaltungsfreiheit.....	193

II. Grenzen der Gestaltungsfreiheit	193
III. Durchführung der Online-HV	194
IV. Anfechtungsrisiko bei der Online-HV	194
V. Schadensersatzansprüche	195
VI. Haftung des Vorstands.....	196
B. Bewertung.....	196
I. Kleine oder große Lösung	196
1. Kleine Lösung.....	197
2. Große Lösung.....	197
3. Abwägung.....	198
4. Große Lösung de lege ferenda	198
II. Rechtssicherheit und Sicherheit	199
III. Abbau von Sprachbarrieren	201
IV. Bedeutung der Online-HV für die Aktionäre	201
V. Ausblick	202

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
A-RiLi	Aktionärsrechte-Richtlinie
A-RiLi-E	Entwurf zur Aktionärsrechte-Richtlinie
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
AG	Aktiengesellschaft/ Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
Art.	Artikel
ARUG	Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechte-Richtlinie
Aufl.	Auflage
BB	Betriebs-Berater
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
Cyber-HV	Cyber-Hauptversammlung
d.h.	das heißt
DAV	Deutscher Anwaltverein
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht
e. V.	eingetragener Verein

E-Mail	Electronic Mail
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
ELSTER	Elektronische Steuererklärung
et al.	et alii, aliae, alia – und andere
etc.	et cetera – und im übrigen/und so weiter
EU	Europäische Union
f., ff.	folgende
FAQ	Frequently Asked Questions – häufig gestellte Fragen
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GesRZ	Der Gesellschafter
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
grds.	grundsätzlich
GroßKomm	Großkommentar
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
h.M.	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HV	Hauptversammlung
i.d.R.	in der Regel
i.R.d.	im Rahmen des, der
i.S.d.	im Sinne des, der
i.V.m.	in Verbindung mit
inkl.	inklusive
IP-Adresse	Internetprotokoll-Adresse
IT	Informationstechnik
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KK	Kölner Kommentar
KOM	Europäische Kommission
K&R	Kommunikation & Recht
LG	Landgericht
lit.	litera - Buchstabe
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MüHdb	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MüKo	Münchener Kommentar
n.F.	neue Fassung
NaStraG	Namensaktiengesetz

NJW	Neue juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
öAktG	österreichisches Aktiengesetz
ÖBA	Bank-Archiv
OLG	Oberlandesgericht
Online-HV	Onlinehauptversammlung
PIN	Persönliche Identifikationsnummer
PC	Personal Computer
Präsenz-HV	Präsenzhauptversammlung
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
REIT	Real Estate Investment Trust
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsache
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
S.	Seite/Satz
SE	Societas Europaea
sog.	sogenannter, -e, -es
TAN	Transaktionsnummer
TOP	Tagesordnungspunkt
TransPuG	Transparenz- und Publizitätsgesetz
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts
v.a.	vor allem
Var.	Variante
vgl.	vergleiche
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZPO	Zivilprozessordnung

§ 1 Einleitung

Am 28. April 2010 hat die Munich RE AG¹ den Startschuss zur Onlinehauptversammlung in der Praxis gegeben. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechte-Richtlinie (ARUG) vom 30.07.2009 hatte der deutsche Gesetzgeber in § 118 Abs. 1 S. 2 AktG das Aktienrecht für die Nutzung des Mediums Internet weiter geöffnet und die Einführung einer Onlinehauptversammlung ermöglicht. Damit könnte umgekehrt die Präsenzhauptversammlung endgültig auf das Abstellgleis geraten. Die Hauptversammlungspräsenzen deutscher Aktiengesellschaften sind notorisch gering; im Jahr 2008 lagen sie für die DAX 30-Konzerne bei durchschnittlich 55 %.² Das Phänomen der Nicht-Teilnahme an Entscheidungsprozessen ist auch bei Parlamentswahlen festzustellen. Bei der Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung bei 70,8 %; bei Europawahlen hat sich die Wahlbeteiligung in den letzten drei Wahlen bei 43-45 % eingependelt.³ Das Fernbleiben wird in beiden Fällen mit sog. rationaler Apathie begründet, also dem Gefühl, in Anbetracht des finanziellen und zeitlichen Aufwands lohne sich die Teilnahme nicht.⁴ Gleichzeitig ist die Aktionärsstruktur der Gesellschaften deutlich internationaler als noch vor 20 Jahren. Die Teilnahme an Hauptversammlungen ausländischer Gesellschaften ist zwar theoretisch möglich, stellt aber allein aus sprachlicher Sicht eine Herausforderung dar. Im 21. Jahrhundert ist das Internet zum omnipräsenten Medium geworden, das es ermöglicht, fast alle Rechtsgeschäfte an einem Aufenthaltsort nach Wahl erledigen zu können. Dieser Herausforderung musste sich auch die Präsenzhauptversammlung stellen. Die Ermöglichung der elektronischen Weisung an Stimmrechtsvertreter durch das Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung (Namensaktiengesetz – NaStraG) vom 25.01.2001 war zu Beginn des neuen Jahrtausends der erste bedeutende Schritt in Richtung Onlinehauptversammlung. Mit dem ARUG wurde jetzt der Anfang vom Ende der Präsenzhauptversamm-

1 Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in München, vormals kurz Münchener Rück.

2 Vgl. die tabellarische Aufstellung zu den DAX30-Unternehmen 1998-2008 seitens der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, abrufbar unter <http://www.dsw-info.de/uploads/media/HV-Praesenz08.pdf>, zuletzt abgerufen am 09.04.2012.

3 Vgl. tabellarische Aufstellung zur Wahlbeteiligung bei BT-Wahlen seitens des Statistischen Bundesamtes, abrufbar unter http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_wahlbeteiligung.pdf; zuletzt abgerufen am 09.04.2012; und Wahlergebnisse der Europawahlen, abrufbar unter http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/downloads/ew_ab79_ergebnisse.pdf; zuletzt abgerufen am 09.04.2012.

4 Bachmann AG 2011, 181, 190.